

Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft
(10. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Helmut Heiderich, Peter H. Carstensen
(Nordstrand), Marlene Mortler, weiterer Abgeordneter und der Fraktion
der CDU/CSU
– Drucksache 15/4828 –**

Gentechnikgesetz wettbewerbsfähig vervollständigen

A. Problem

Die Antragsteller fordern mit diesem Antrag eine vollständige Umsetzung der Europäischen Richtlinie 2001/18/EG in nationales Recht und verweisen hierzu insbesondere auf die Erfüllung der Verpflichtungen der Bundesministerin Renate Künast im Zusammenhang mit der im Bundesrat am 5. November 2004 vorgelegten Mängelliste zum Gesetz zur Neuordnung des Gentechnikrechts.

B. Lösung

**Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD und
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der
CDU/CSU und FDP**

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Kosten wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag – Drucksache 15/4828 – abzulehnen.

Berlin, den 16. März 2005

Der Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft

Dr. Herta Däubler-Gmelin
Vorsitzende

Elvira Drobinski-Weiß
Berichterstatterin

Helmut Heiderich
Berichterstatter

Ulrike Höfken
Berichterstatterin

Dr. Christel Happach-Kasan
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Elvira Drobinski-Weiß, Helmut Heiderich, Ulrike Höfken und Dr. Christel Happach-Kasan

I. Überweisung

Der Antrag auf Drucksache 15/4828 wurde durch den Deutschen Bundestag in seiner 158. Sitzung am 18. Februar 2005 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft sowie zur Mitberatung an den Rechtsausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit, den Ausschuss für Gesundheit und Soziale Sicherung, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Antragsteller bemängeln, dass die Bundesregierung die Umsetzung der Richtlinie 2001/18/EG in nationales Recht noch nicht vorgenommen habe. Das von der Bundesregierung eingebrachte – inzwischen in Kraft getretene – Gesetz zur Neuordnung des Gentechnikrechts habe gezeigt, dass die vorgeschlagenen Regelungen eine große Zahl von Mängeln aufweise. Führende Vertreter deutscher Wissenschaftsorganisationen hätten die vorgeschlagenen Regelungen als schädlich für die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wissenschaft bezeichnet. Auch sei die Umsetzungsfrist der EU-Richtlinie 2001/18/EG bereits am 17. Oktober 2002 abgelaufen. Da keine Umsetzungsmaßnahmen durch Deutschland eingeleitet worden seien, habe die Europäische Kommission am 15. Juli 2003 beschlossen, den Europäischen Gerichtshof anzurufen, um ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland einzuleiten.

Die Bundesregierung wird daher u. a. zu einer Reihe von Maßnahmen aufgefordert, dass Gentechnikrecht entsprechend der EU-Richtlinien zu ändern bzw. zu ergänzen, um eine 1:1-Umsetzung in deutsches Recht zu erreichen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Rechtsausschuss**, der **Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit**, der **Ausschuss für Gesundheit und Soziale Sicherung**, der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** und der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** haben jeweils in ihren Sitzungen am 16. März 2005 die Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP empfohlen.

IV. Beratungsverlauf im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft** hat die Vorlage in seiner 64. Sitzung am 16. März 2005 abschließend behandelt.

Mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP wurde der Antrag – ohne Debatte – abgelehnt.

Berlin, den 16. März 2005

Elvira Drobinski-Weiß
Berichterstatlerin

Helmut Heiderich
Berichterstatter

Ulrike Höfken
Berichterstatlerin

Dr. Christel Happach-Kasan
Berichterstatlerin

